

Dr. F.J. Hinkelammert

Das Bild der Wirtschaft der Bundesrepublik in der  
sowjetischen Presse von 1958-1962

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Allgemeine Charakteristik der durchgesehenen Literatur und der benutzten Quellen.	1
2. Die Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt. Verhältnis zu den USA und Stellung in der EWG.	5
3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Wachstum, Krisen, Konjunktur. Die 'Militarisierung' der Wirtschaft.	10
4. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik.	15
5. Das Verelendungsgesetz, der Lebensstandard und die soziale Lage.	22
6. Zusammenfassung.	28



1. Allgemeine Charakteristik der durchgesehenen Literatur und der benutzten Quellen.

Sowjetische Stellungnahmen zu den Verhältnissen in einem westlichen Land werden immer innerhalb des Gesamtzusammenhangs der sowjetischen Meinungsbildung über das nichtkommunistische Ausland abgegeben. Die Meinungsbildung geht innerhalb eines Systems der Information vor sich, das die offiziellen Parteiäußerungen, die Darstellungen der Fachpresse und die Berichte der allgemeinen Presse umfaßt. Dies gilt natürlich auch für die Darstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik. Sobald man es daher unternimmt, diese Darstellung zu analysieren, ergibt sich ganz selbstverständlich die Notwendigkeit, das Bild der Bundesrepublik in der sowjetischen Presse als einen exemplarischen Fall für die sowjetische Auffassung von den Verhältnissen in den sogenannten kapitalistischen Ländern überhaupt darzustellen.

In der folgenden Untersuchung wird die Stellung der Fachpresse im Mittelpunkt stehen. Die parteioffiziellen Äußerungen zur wirtschaftlichen Situation der westlichen Welt sind so allgemein gehalten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik so gut wie nie erwähnt werden. Soweit davon über die Bundesrepublik gesprochen wird, geht man nur auf die politischen Aspekte des Verhältnisses zur Bundesrepublik ein.

Die Fachpresse hingegen beschäftigt sich ausführlich mit wirtschaftlichen Problemen der Bundesrepublik. Daß in ihren Berichten immer wieder parteioffizielle Stellungnahmen hervorgehoben werden entspricht nur dem ganzen Charakter der öffentlichen Meinung in der Sowjetunion. Aber hierauf soll nur soweit eingegangen werden, als dies für das Verständnis der Presseäußerungen notwendig ist. Was hierbei unter Fachpresse zu verstehen ist, kann nur durch eine Zusammenstellung der einzelnen durchgesehenen Zeitschriften gezeigt werden. Mit Ausnahme der "Ekonomičeskaja Gazeta" handelt es sich dabei durchweg um Zeitschriften, deren Auflage wahrscheinlich relativ niedrig ist und für die als Leser hauptsächlich



Wissenschaftler, Journalisten und Spezialisten der Planungsorgane in Frage kommen. Für die tatsächliche Meinungsbildung innerhalb der Sowjetunion aber haben sie grundlegende Bedeutung, da sie neben Büchern die einzigen in der Sowjetunion veröffentlichten Informationsquellen über wirtschaftliche Probleme westlicher Länder sind.

Zur Durchsicht wurden dabei folgende Zeitschriften gewählt:

1. Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija
2. Voprosy Ekonomiki
3. Planovoe Chozjajstvo
4. Vestnik Statistiki
5. Finansy SSSR
6. Den'gi i Kredit
7. Vnešnaja Torgovlja
8. Socialističeskij Trud
9. Trud i Zarabotnaja Plata
10. Ėkonomičeskaja Gazeta
11. Kommunist

Die Buchliteratur im behandelten Zeitraum wurde nicht berücksichtigt. Neben diesen Zeitschriften sind jedoch noch die Berichte von zwei wissenschaftlichen Konferenzen herangezogen worden. Es handelt sich einmal um eine Ostberliner Konferenz zwischen sowjetischen und mitteldeutschen Wissenschaftlern, auf der zwei sowjetische Nationalökonomien grundlegende Referate hielten. Dies ist die Internationale wirtschaftswissenschaftliche Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin (1.-4. Oktober 1958). Der Bericht ist erschienen unter dem Titel: Konjunktur-Krise-Krieg. Berlin 1959. Daneben wurde eine Konferenz berücksichtigt, die in Moskau ebenfalls zwischen mitteldeutschen und sowjetischen Wissenschaftlern etwa zum gleichen Zeitpunkt stattfand. Die Referate dieser Konferenz sind veröffentlicht unter dem Titel: Položenie i bor'ba rabočego klasa kapitalističeskich stran. Moskau 1959.

Diese beiden Konferenzen wurden berücksichtigt, weil in ihnen in etwas größerem Umfang auf das sogenannte Gesetz der Verelendung der Arbeiterklasse eingegangen wird, das in der sowjetischen Fachpresse im betrachteten Zeitraum etwas zurücktritt.



Die Hauptquelle innerhalb dieser Fachzeitschriften ist die Zeitschrift "Mirovaja Ekonomika". Regelmäßig finden sich darüber hinaus Berichte über die Bundesrepublik nur in "Vestnik Statistiki" und in den beiden Finanzzeitschriften "Den'gi i Kredit" und "Finansy SSSR". Die übrigen Zeitschriften bringen nur vereinzelte Artikel. Neben der Fachpresse wurde die allgemeine Presse berücksichtigt. Dabei wurden die folgenden Tageszeitungen durchgesehen:

1. Pravda
2. Izvestija
3. Trud
4. Neue Zeit (Novoe Vremja)

Allerdings sind hier die Artikel, in denen man unmittelbar auf wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik eingeht, relativ selten. Es ist daher schon durch die Menge des zur Verfügung stehenden Materials bedingt, wenn wir die Fachpresse in den Mittelpunkt der Erörterungen stellen.

Die Charakterisierung der Art der Berichterstattung über die Bundesrepublik ist daher bezüglich der allgemeinen Presse notwendig unvollständig. Unter den hier durchgesehenen 4 Zeitungen findet sich eigentlich nur in "Novoe Vremja" dauernd und systematisch eine Berichterstattung über die Bundesrepublik.

Die gesamte Berichterstattung über die Wirtschaft der Bundesrepublik, ob dies nun die Fachpresse oder die Massenpresse angeht, muß sich auf bestimmte Informationen stützen. Über die zugrundeliegenden Informationen und ihre Beschaffung ist daher noch einiges zu sagen. Die Massenpresse bezieht ihre Informationen offensichtlich entweder aus Korrespondentenberichten oder wieder aus der Fachpresse und den darin aufbereiteten Fakten. Die Fachpresse hingegen hat andere Quellen, die hier näher dargestellt werden sollen.

Die wichtigsten Quellen sind westdeutsche Veröffentlichungen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um offizielle Statistiken des Statistischen Bundesamtes, um Veröffentlichungen von wissenschaftlichen und sonstigen Instituten und Institutionen und um Artikel aus der Presse der Bundesrepublik. Es dürfte dabei von Interesse sein, die wichtigsten dieser Veröffentlichungen anzuführen.



In bezug auf das statistische Material bezieht man sich im allgemeinen auf das "Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland", auf "Wirtschaft und Statistik", die Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und der sonstigen Kreditanstalten. Daneben ist noch öfters der Ifo-Schnelldienst erwähnt.

An Zeitungen und Zeitschriften wird dauernd bezug genommen auf das Bulletin der Bundesregierung, FAZ, Die Welt, Süddeutsche Zeitung. Das Nachrichtenmagazin "Spiegel" ist daneben eine offensichtlich gern verwendete Quelle. An Wirtschaftszeitungen ist erwähnt der Volkswirt, Handelsblatt und Industriekurier.

Die eigentlichen Fachzeitschriften sind in diesem Zusammenhang viel seltener zitiert, was verständlich ist, da es in den von uns durchgesehenen Zeitschriftenartikeln hauptsächlich um die Interpretation von Fakten geht, wofür die eigentlichen wirtschaftlichen Fachzeitschriften der Bundesrepublik kaum als Quellen in Frage kommen. Generell haben wir ja Artikel der sowjetischen Presse, die über die Situation der Wirtschaftstheorie in der Bundesrepublik referieren, nicht berücksichtigt. Solche Artikel wären aber nur der Ort, an dem man eine Berücksichtigung der Fachzeitschriften der Bundesrepublik erwarten könnte.

Es ist sehr auffällig, daß sowjetische Autoren mitteldeutsche Quellen über die Situation der Bundesrepublik kaum berücksichtigen. Das gleiche gilt für die Linkspresse der Bundesrepublik. Beide werden nur im Zusammenhang mit der Behauptung der Verelendung der Arbeiterklasse in Westdeutschland zitiert. Als Quellen dienen dabei die Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Ost-Berlin und andererseits als westdeutsche Veröffentlichung die von V. Agartz herausgegebene WISO-Korrespondenz. Da aber in der Sowjetunion relativ selten über dieses Gebiet geschrieben wird, erfolgt auch selten ein Rückgriff auf diese Richtungen der Presse.

Dies sind die wichtigsten Quellen, die von den sowjetischen Autoren benutzt werden. Sie liegen den einzelnen Stellungnahmen und Aufsätzen zugrunde. Dabei wird von sowjetischen Autoren darauf hingewiesen, daß die Originalquellen der offiziellen Statistik der westlichen Länder nur mit Vorsicht zu gebrauchen seien, da



diese Statistik apologetischen Charakter habe. Aber diese Hinweise sind nicht sehr häufig und sie wirken sich bei der Interpretation mit gewissen Ausnahmen überhaupt nicht aus. Die Ausnahmen beziehen sich auf Gebiete, die für die Sowjetideologie besonders relevant sind, nämlich auf die statistischen Angaben über die Klassenstruktur, über die Reallohnentwicklung und den Lebensstandard und im Zusammenhang damit über die Verteilung des Volkseinkommens. Aber auch hier wird auf die offiziellen Daten zurückgegangen mit der Bemerkung allerdings, daß sie nur als Annäherungen gelten können und ständig korrigiert werden müssen. Hier ist ja - wie bereits bemerkt - auch das Gebiet, in dem Quellen aus der Linkspresse der Länder des Westens auftauchen und auf Angaben aus Mitteldeutschland zurückgegriffen wird.

Wir haben damit die Art der Berichterstattung, die wichtigsten Informationsquellen und das System der Information kurz charakterisiert, so daß wir in den folgenden Abschnitten dieser Untersuchung diese allgemeinen Grundzüge voraussetzen können und die Darstellung auf die einzelnen Themenkreise beschränken können.

## 2. Die Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt. Verhältnis zu den USA und Stellung in der EWG.

Stellungnahmen sowjetischer Autoren zur sogenannten kapitalistischen Welt betrachten es immer als eine wichtige Aufgabe, die Widersprüche herauszufinden, die die kapitalistische Entwicklung treiben. Dabei ergibt sich eine Schwierigkeit. Man spricht zwar vom kapitalistischen Weltsystem als Ganzem, leugnet aber die Einheitlichkeit des Kapitalismus und behauptet, daß es für kapitalistische Staaten notwendig unmöglich sei, die zwischen ihnen herrschenden Widersprüche zu lösen. Man geht sogar noch weiter, indem man von der ständigen Verschärfung der Widersprüche zwischen den Ländern spricht, die einem Kulminationspunkt zustreben, an dem das kapitalistische System auseinanderbricht. Die sowjetische Theorie über den Kapitalismus ist insofern eine Katastrophentheorie. Je mehr aber darauf verzichtet wird, die Katastrophe in unmittelbarer



Zukunft zu erwarten, um so seltsamer muß es anmuten, daß man dauernd sich verschärfende Widersprüche entdecken will. Denn die dauernde Verschärfung von Widersprüchen wird unglaublich, wenn sie sich über Jahrzehnte und schließlich Jahrhunderte hinzieht, ohne daß die Katastrophe eintritt. Die Theorie von den sich verschärfenden Widersprüchen wird dann selbst widersprüchlich und offenbart ihre eigene Widersprüchlichkeit.

In dieser Situation ist die sowjetische Theorie des Kapitalismus heute. Wie sie sich daraus zu lösen versucht, kann in diesem Abschnitt etwas ausführlicher gezeigt werden.

Mendelson<sup>1)</sup> zeigt die konkrete Situation auf. Er behauptet, daß sich im Verhältnis zwischen den USA und den übrigen kapitalistischen Ländern die Widersprüche dauernd verschärfen und der Konkurrenzkampf immer unerbittlicher wird, während andererseits diese Länder sich um ihren gefährlichsten Konkurrenten - nämlich die USA - vereinigen, um so als imperialistischer Block gegen die sozialistischen Länder und zur Verteidigung des Kolonialsystems vorgehen zu können. Er sieht also auf der einen Seite verschärfte Widersprüche, daneben aber die Organisation eines einheitlichen Blocks. Offensichtlich ist es schwierig, beides zu vereinbaren.<sup>2)</sup>

Es gibt jedoch Versuche sowjetischer Autoren, sich aus dieser starren und sinnlosen Alternative zu lösen. Sie gehen dahin, die tatsächliche Führungsstellung der USA auf wirtschaftlichem Gebiet durch sachliche Argumente zu begründen und zu zeigen, daß die USA ganz natürlich aufgrund ihrer stärkeren industriellen Entwicklung zu einem Muster der weiteren Entwicklung der industriellen Länder Westeuropas werden, etwa im Sinne des Marxschen Wortes, daß die schwächer entwickelten industriellen Länder in den am weitesten fortgeschrittenen Ländern das Bild ihrer eigenen Zukunft vor Augen haben. Ganz in dieser Richtung argumentiert Višnev.<sup>3)</sup> Er interpretiert die Entwicklung Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg als eine Annäherung an Lebensformen, die in den USA bereits vorgebildet sind.

*Beweggründe für* Die ~~Bedeutung~~ <sup>Abweichung</sup> der Integrationsbemühungen, besonders der EWG, sieht nun Višnev darin, daß ~~diese Unterschiede zwischen den Ländern beseitigt werden können.~~ <sup>Abweichung</sup> ~~4)~~ Einerseits können die riesigen Kapazi-



täten <sup>Leitungs</sup> im engen nationalen Rahmen nicht mehr existieren, andererseits <sup>immerhalb Westeuropas</sup> ist ein Entwicklungsausgleich notwendig. Dies sei die objektiv-sachliche Basis der Integrationsbemühungen, wobei Višnev noch betont, ideologische Ursachen der Integration nicht abstreiten zu wollen. Er erwähnt dann noch die Pläne, einen alle NATO-Länder umspannenden Gesamtmarkt zu schaffen, ohne darauf näher einzugehen. <sup>form</sup>

Zum Schluß aber folgt eine Bemerkung, die eigentlich zu dem Gesamtzusammenhang der vorherigen Ausführungen nicht paßt. Višnev sagt dort, daß die Integration Europas tatsächlich auf objektive Tendenzen zurückgeht, bezweifelt aber, daß der gebrechliche Kapitalismus diese Aufgabe lösen könne.<sup>5)</sup> Darin deutet sich ein Streitpunkt an, der in der sowjetischen Beurteilung der Integration eine wichtige Rolle spielt. Es ist nämlich etwas völlig anderes, sachlich begründete Zweckmäßigkeiten als Grund für politische Entwicklungen anzuführen oder die politische Entwicklung als Ergebnis der guten oder bösen Absicht einzelner Gruppen der Bevölkerung darzustellen. Das letztere aber spielt in der sowjetischen Beurteilung der kapitalistischen Welt eine besondere Rolle.

Ein Artikel von Lenin<sup>m</sup><sup>6)</sup> kann zeigen, wie sich bei solcher Betrachtungsweise das Bild von der kapitalistischen Welt verwandelt. <sup>m</sup> Lenin betont durchaus noch, daß der westeuropäischen Integration objektive Tendenzen zugrunde liegen, aber er bezieht schon andere Momente in die Betrachtung ein, die bei Višnev völlig ausfielen. Die EWG usw. bekommt damit den Charakter eines Komplotts, einer Verschwörung von Monopolen, die sich gegen die Gefahr einer sozialistischen Revolution zur Wehr setzen wollen. Dies ist ein Gesichtspunkt, der dann in den anzuführenden Kommentaren der Massenpresse alles beherrscht und die objektiv-sachlichen Tendenzen entweder leugnet oder völlig in den Hintergrund treten läßt.

<sup>m</sup> Lenin weist gleich zu Anfang darauf hin, daß Integrationen wie die EWG besonders im Anfangsstadium, sofern die objektiven Voraussetzungen gegeben sind, zur Förderung der wirtschaftlichen Aktivität führen können. Allerdings sei die <sup>Wirtschaft</sup> EWG nicht der Hauptgrund für die schnelle Expansion der 50er Jahre. Dies zeige bereits das Beispiel Japans, wo ohne jede Integration die Expansion sehr stark war.



Die Integration selbst ist nach Lemin ein System der Stärkung der Monopole im europäischen Kapitalismus, eine neue Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Als politische Kraft unterliegt ihr die monopolistische Verbindung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik als wirtschaftliche Basis der Achse Bonn-Paris.<sup>7)</sup>

Allerdings sind Montanunion, EWG, EURATOM keine Monopole alten Typs, die bestimmte Märkte beherrschen oder aufteilen, Preise vereinheitlichen usw. wollen. Es geht um einen Zusammenschluß, der nicht durch die Monopole selbst, sondern durch den Staat vorgenommen wird. Dieser Staat wiederum ist durch die Monopole beherrscht. Aber er kann nicht das Interesse jedes einzelnen Monopols repräsentieren, denn diese Interessen können sich widersprechen. Der Staat repräsentiert daher die Interessen der mächtigsten Monopole oder ihre Interessen im Durchschnitt. Dabei kann er sich durchaus offen gegen die Interessen einzelner Monopole wenden, wie dies bei der Gründung der Montanunion in bezug auf den französischen Bergbau geschah.<sup>8)</sup>

Die Hauptinteressen dieser Monopole richten sich gegen die Arbeiter im eigenen Land und die friedliebenden Kräfte besonders gegen das sozialistische Lager. Bei der Verfolgung dieser Interessen sei es daher wichtig, durch eine Integration Europas eine noch engere Fusion zwischen Staaten und Monopolen herzustellen. Dies solle dazu dienen, nach Verwirklichung einer allgemeinen Mobilität der Arbeitskräfte eine Lohnnivellierung erfolgen zu lassen, bei der sich der Lohn beim niedrigsten europäischen Niveau einspielen solle. Nach außen hin wolle man neben den anti-sozialistischen Absichten mit Hilfe der EWG neokolonialistische Pläne verfolgen. Lemin wirft hier der Bundesrepublik vor, auf dem Umweg über eine Erweiterung der EWG zu den afrikanischen Ländern hin sich in den ehemaligen Kolonien der übrigen EWG-Länder einzunisten zu wollen.

Lemin stellt dann noch die Frage, wem die Gründung der EWG die größte Macht zuspielt und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß bisher die Hegemonie bei Frankreich und der Bundesrepublik liege. Die allgemeine Tendenz hingegen gehe darauf hin, daß der westdeutsche Imperialismus in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die übrigen EWG-Länder beherrscht.



Zusammenfassend könnte man die Meinung Lemins zur europäischen Integration etwa folgendermaßen wiedergeben: Die europäische Integration geht auf objektive Tendenzen zurück. Sie ist nicht als solche zu verurteilen, zu verurteilen ist vielmehr nur die monopolistisch-kapitalistische Form, in der sie sich vollzieht. Sie führt daher faktisch zu einer steigenden Ausbeutung der Arbeiter und zur Hegemonie der stärksten Wirtschaftsmacht, nämlich der Bundesrepublik.

Diese Meinung Lemins ist aber anders als die meisten Stellungnahmen, die aus der Massenpresse bekannt sind.<sup>10)</sup> Lemin stellt noch sachliche Zweckmäßigkeiten in den Mittelpunkt seiner Analyse, so daß die Kritik in der Hauptsache nur die Form betrifft, innerhalb der sie verwirklicht werden. In der Massenpresse hingegen wird entweder die Existenz solch sachlicher Zweckmäßigkeiten überhaupt geleugnet oder doch völlig in den Hintergrund gedrängt, so daß die ganze Integrationsbewegung ein willkürliches Handeln von Monopolisten zu sein scheint.

Allerdings ist eine solche Kritik, wie sie in der Massenpresse geübt wird, völlig steril. Sie ist auch nur möglich, weil über einen Tatsachenkomplex gesprochen wird, der völlig außerhalb des Erfahrungsbereiches der angesprochenen Leserschaft liegt. Begreifbar wird sie nur, wenn man sie in ihrer Funktion einer ideologischen Abschirmung erfaßt, die eine Information gerade verhindern soll.

Für eine kommunistische Propaganda in Richtung auf die Bevölkerung der EWG-Länder muß sie daher völlig unwirksam sein, da hier eine Leserschaft gegeben ist, die das Phänomen selbst kennt. Es ist daher auch nicht überraschend, daß gerade aus Kreisen der europäischen kommunistischen Parteien eine Umorientierung der Agitation angestrebt wird, die eine Loslösung von der absoluten Sterilität einer rein negativen Kritik bringen soll. Nach neuesten westlichen Pressemeldungen (Welt 10.9.62) soll dies auch zum Erfolg geführt haben, so daß man für die Zukunft erwarten kann, daß auch die Agitation der Massenpresse sich ändert. Als Richtung dieser Änderung bietet sich die Konzeption an, die an Hand des Auf-



satzes von Lemin bereits referiert worden ist. Übernehmen die Sowjets sie, so müßte man in Zukunft mehr Wert auf die Darstellung der Integration als einer Folge objektiver und positiver Tendenzen legen. Die Richtung der Kritik aber würde dann mit der Behauptung festgelegt werden, daß diese positiven Tendenzen durch monopolistische und imperialistische Kräfte mißbraucht und fehlgeleitet werden.

### 3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Wachstum, Krisen, Konjunktur. Die Militarisierung der Wirtschaft.

Wir hatten bisher nur gezeigt, wie das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Sowjetpresse gesehen wird. Tauchte hierbei immer wieder die Behauptung auf, daß die Bundesrepublik sowohl der Hauptverbündete der USA als auch führende Macht innerhalb der Europäischen Einigung ist, so geht diese Meinung der sowjetischen Presse auf die Beurteilung der tatsächlichen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik zurück. Die Bundesrepublik wird darin als das Land beschrieben, das unter allen europäischen Ländern die stärkste Wirtschaftsexpansion erlebt hat. Zugleich werden alle negativen Tendenzen, die in der europäischen Integration hereininterpretiert werden, in der Wirtschaft der Bundesrepublik in besonderem und verstärktem Ausmaß wiedergesucht. Daher werden Aussagen über die wirtschaftliche Expansion immer mit der Behauptung verknüpft, daß diese Expansion durch besonders scharfe Ausbeutung der Werktätigen finanziert, durch ein besonders enges Verhältnis von Staat und Finanzkapital ermöglicht und durch einen besonders hohen Grad monopolistischer Machtkonzentration charakterisiert sei.

Die nähere Analyse all dieser Momente soll in den folgenden Teilen dieser Untersuchung gezeigt werden. Wir gehen dabei zuerst von der Darstellung der tatsächlichen Expansion aus. Im Mittelpunkt steht die Bestimmung der wirtschaftlichen Wachstumsraten, insbesondere der Wachstumsraten der Industrieproduktion und der Arbeitsproduktivität. Ebenfalls wird über die Wachstumsraten und Produktionshöhe einzelner ausgewählter Produkte berichtet.<sup>11)</sup>



Diese Darstellung der Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung nimmt aber nur einen kleinen Raum innerhalb der Stellungnahmen der Sowjetpresse zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ein. Wichtiger ist es für die Sowjets, diese aufbereiteten Fakten zu interpretieren und in Einklang mit den herrschenden theoretischen Vorstellungen über die kapitalistische Wirtschaft überhaupt zu bringen. Es ist dabei zu erklären, wie eine solche starke Expansion überhaupt im Zeitalter eines nach sowjetischer Ansicht stagnierenden und verfaulenden Kapitalismus möglich ist und welche einzelnen Ursachen daran mitgewirkt haben. Die einzelnen Ursachen werden in den sowjetischen Veröffentlichungen gemeinhin in zwei Ursachenkomplexen zusammengefaßt: als Übergang zu einer neuen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus und als verschärfte Ausbeutung der Werktätigen. Der eine Ursachenkomplex betrifft die Struktur der Wirtschaft und bezeichnet Änderungen, die im Westen meistens als Übergang zur Konjunkturpolitik, zum Interventionismus oder zur gemischten Wirtschaftsordnung bezeichnet wird. Der zweite Ursachenkomplex leitet sich ursprünglich vom Marxschen Gesetz der steigenden absoluten und relativen Verelendung des Proletariats her. Beide Ursachen führen nach sowjetischer Meinung zu einem neuen Stil der kapitalistischen Entwicklung, der dieser besonderen historischen Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspricht.

Diesen neuen Entwicklungsstil aber stellt man nicht einfach durch Hinweis auf die reinen Fakten dar, sondern durch Interpretation dieser Fakten mit Hilfe der marxistischen Konjunkturtheorie. In den sowjetischen Äußerungen über die Konjunktorentwicklung und das Krisenproblem und über die Abwandlungen, die die Wirtschaftskonjunktur in dieser neuesten Phase des Kapitalismus erfahren hat, wird daher erst das Bild völlig sichtbar, das sich sowjetische Autoren von der heutigen Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen machen. Aus diesem Grund werden wir hier die sowjetischen Darstellungen über die Konjunkturentwicklung der Bundesrepublik folgen lassen, um erst in den nächsten Abschnitten näher über die nach sowjetischer Ansicht zugrunde liegenden Ursachenkomplexe zu sprechen.



Die auffälligste Aussage ist die Behauptung, daß die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik eine Ausnahme von der generellen Tendenz des Kapitalismus sei. Die Wirtschaftsexpansion der Bundesrepublik beweise daher nichts, wenn ein Urteil über die Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der heutigen Zeit abgegeben werden soll. Dieser Kapitalismus nämlich befindet sich nach sowjetischen Vorstellungen in einer allgemeinen Krise, die jetzt in ihre 3. Etappe eingetreten ist. Diese 3. Etappe beginnt mit dem friedlichen Wettbewerb des sozialistischen mit dem kapitalistischen Weltsystem.<sup>12)</sup>

Sie ist durch verschiedene Widersprüche gekennzeichnet, unter denen die Kluft zwischen Produktionsmöglichkeiten und Kaufkraft, zwischen Wirtschaftswachstum und Größe der Produktionsmittelindustrien und zwischen den entwickelten und den Rohstoffländern die wichtigsten sind.

Ein Aufsatz von Menšikov, der diese Widersprüche erwähnt,<sup>13)</sup> kommt in der weiteren Analyse aber zu ganz anderen Schlüssen, als aus einer solchen Beschreibung zu erwarten wäre. Er bewertet sogar die weiteren Aussichten des Kapitalismus - vor allem in der Bundesrepublik - besonders günstig.

*Menšikov*  
Er meint sogar, daß die wichtigsten Wachstumsreserven gerade nicht im Bereich der Rüstung lägen. Immer mehr seien im Rüstungssektor wissenschaftlich-technische Probleme in den Vordergrund getreten, so daß der Anteil der Rüstungsausgaben, der unmittelbar zur Nachfrage nach Industriegütern wird, laufend sinke. Als Ausnahmen nennt er nur die Bundesrepublik und Japan, wo aus den Rüstungsausgaben ein Konjunkturreffekt resultieren werde.<sup>14)</sup>

Wesentliche Wachstumsreserven ergäben sich sowohl auf dem äußeren als auch auf dem inneren Markt. Im Außenhandel ist der Handel mit sozialistischen Ländern genannt, der noch große Möglichkeiten der Erweiterung in sich berge. Vor allem wichtig aber sei die Industrialisierung der Entwicklungsländer, die eine objektive Notwendigkeit sei und sich folglich auch durchsetze, obwohl sie auf viele Hindernisse stoße, die auf die kapitalistische Form zurückzuführen seien.



Ebenfalls lasse sich noch der innere Markt entwickeln, vor allem durch das Wachstum der Städte und die Industrialisierung der Landwirtschaft. Es gehe hierbei um die Beseitigung der Elendsviertel, den Bau von Schulen, Krankenhäusern und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Ebenfalls seien noch Reserven in der technischen Entwicklung enthalten, Die heutige technische Revolution stecke noch in den Anfängen. Sie werde aber in den USA eher zum Abklingen kommen als in den Ländern Westeuropas. Menšikov glaubt daher, daß die wirtschaftliche Expansion in Westeuropa noch für Jahrzehnte schneller sein wird als in den USA, so daß die Bedeutung der USA für den Weltkapitalismus tendenziell sinken wird. Dabei schätzt er die zukünftigen Wachstumschancen der Bundesrepublik besonders hoch ein. Er glaubt daher, für die Zukunft folgende Reihenfolge der kapitalistischen Länder nach ihrem wirtschaftlichen Potential annehmen zu können: 1. USA, 2. Bundesrepublik, 3. England, 4. Japan, 5. Frankreich.<sup>15)</sup>

Ob allerdings diese Chancen genützt werden, hängt nach Menšikov im wesentlichen - wenn auch nicht entscheidendem - Umfang von der politischen Entwicklung und von einer Absage an den kalten Krieg ab. Zum Abschluß allerdings gibt er, unter Hinweis auf das Parteiprogramm, seinem Glauben Ausdruck, daß diejenigen Faktoren überwiegen werden, die das Wachstum verlangsamten, eine Aussage, die aus der vorhergehenden Analyse nicht hervorgeht.

Wir haben diesen Artikel von Menšikov etwas ausführlicher zitiert, weil er sehr pointiert die Probleme zeigt, denen sich sowjetische Autoren gegenübersehen. Der ganze Tenor der Ausführungen ist für viele sowjetische Äußerungen durchaus typisch. Wichtigstes Kennzeichen hierbei ist jeweils, daß die aggressiven und einseitig bewertenden Ausdrücke wie 'Verschärfung des Klassenkampfes', 'Krise des Kapitalismus' usw. innerhalb der Gedankenführung mit anderer Bedeutung erfüllt werden als sie ursprünglich haben. Die ganze Diktion ist scheinbar so intransigent wie immer, aber sie wird zunehmend ausgehöhlt. Die Verbindung zu offiziellen Parteiäußerungen, die in den meisten Artikeln noch hergestellt wird, ist daher vielfach äußerlich geworden und bildet häufig nicht mehr den Kern der Gedankenführung. Beachtet man allerdings jene innere Bedeu-



tungsveränderung der Worte nicht, so wird die ganze Entwicklung der Betrachtungsweise nicht sichtbar und man erkennt nur scholastische Haarspaltereien.

Diese Veränderung der Interpretation von Vorgängen in der Wirtschaft westlicher Länder zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Beurteilung der Rüstungsausgaben für die wirtschaftliche Konjunktur sich geändert hat. Man findet heute, wenn man von der Massenpresse absieht, ~~nur noch~~ selten <sup>24</sup> Stellungnahmen, die die Rüstungsaufwendungen für die entscheidende Antriebskraft der Konjunktur erklären. Dies hat sicher auch politische Gründe. Denn alle Bemühungen um eine Abrüstung müßten für sinnlos erklärt werden, wenn die Rüstungsausgaben das wesentliche Fundament einer Stabilität des Kapitalismus wären. Es gäbe dann nur die Möglichkeit einer Abrüstung durch Revolution. Indem die sowjetischen Politiker die Möglichkeit einer Abrüstung für die kapitalistischen Länder behaupten, schaffen sie für die Wirtschaftstheoretiker das Problem, entweder diese Politik durch die Behauptung der Notwendigkeit der Rüstung für die Existenz kapitalistischer Länder Lügen strafen zu müssen oder die These zu vertreten, daß die heutige Expansion der westlichen Wirtschaften nicht einseitig rüstungsbedingt sei. Die Wahl der zweiten These ist daher für sowjetische Autoren nicht sehr schwer. (Aber das gesamte Urteil über den Kapitalismus muß sich dabei verändern. Nun sollte man allerdings solche politischen Verwicklungen nicht überbewerten. Sie schaffen lediglich einen Leerraum, in dem neue Interpretationen gestellt werden können.)

Dieses Zurücktreten von Rüstungsgesichtspunkten als Ursache der weiteren Expansion findet sich in vielen Darstellungen. Schon Mendelson vertritt 1958 die These, daß die sogenannte Militarisierung der Wirtschaft nur eine Konjunkturursache unter anderem sei. Er führt die großen Rüstungsanstrengungen, die England in den 50er Jahren zu tragen hatte, sogar als wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Stagnation Englands an, während die Bundesrepublik ihre großen wirtschaftlichen Erfolge gerade der Tatsache verdanke, daß sie kaum irgendwelche Rüstungsanstrengungen zu machen hatte.<sup>16)</sup>



Allerdings drang diese Auffassung von Mendelson nicht überall durch und es finden sich auch heute noch in der sowjetischen Literatur viele Fälle, in denen der sogenannten Militarisierung der Volkswirtschaft eine fast ausschließliche Bedeutung zugemessen wird.<sup>17)</sup>

Lehnt man jedoch eine Erklärung der Konjunktorentwicklung der Nachkriegszeit aus der Höhe der Rüstungsausgaben ab - wie dies heute vor allem die bedeutenderen sowjetischen Nationalökonomentun - so muß man andere Ursachen anführen. Einzelne Autoren - wie z.B. Pičugin<sup>18)</sup> - gehen dabei auf allgemeine Erörterungen des Reproduktionskreislaufes ein. Pičugin versucht dabei, die Nachkriegskonjunktur der Bundesrepublik daraus zu erklären, daß die Investitionen hauptsächlich in Industriebereiche gegangen seien, in denen der Investitionsvorgang lange Zeit braucht und der Investitionseffekt daher erst nach längerer Zeit sich einstellt.

Diese Ursache allerdings kann nicht ausschlaggebende Bedeutung haben. Der Hinweis auf die Bauzeit von Investitionsprojekten überzeugt nach so langer Zeit guter Konjunktur nicht mehr, so daß wir auch davon absehen können, ihn inhaltlich zu prüfen. Bei der Erklärung der Ursachen der Expansion in der Bundesrepublik spielen sie daher in der Sowjetunion im allgemeinen auch keine große Rolle. Damit aber bekommen die beiden Ursachenkomplexe eine zunehmende Bedeutung, die wir oben bereits genannt haben, nämlich die staatsmonopolistischen Maßnahmen und die verstärkte Ausbeutung der Werktätigen. Auf diese beiden Ursachenkomplexe werden wir daher näher eingehen.

#### 4. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik

Nach allgemeiner sowjetischer Ansicht sind die sogenannten staatsmonopolistischen Maßnahmen das wichtigste Kennzeichen der heutigen Etappe des Kapitalismus. Da man von sowjetischer Seite durchaus erkannt, daß sich wichtige Umstrukturierungen und Neuerungen in den Wirtschaften der westlichen Länder nach dem zweiten Weltkrieg ergeben haben, muß man hierfür die Ursachen angeben. Im Begriff



des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden diese Ursachen zusammengefaßt. Er ist das allgemeine Charakteristikum, mit dem man die entscheidenden Grundzüge der heutigen Wirtschaften westlicher Länder zu erfassen sucht.

Wie sich die Wandlungen innerhalb der westlichen Wirtschaften nach dem zweiten Weltkrieg in den sowjetischen Auffassungen niederschlagen, haben wir bereits dargestellt. Danach sind allgemeine und totale Krisen seltener geworden, stattdessen sind Teilkrisen hervorgetreten, die nicht mehr die Gesamtwirtschaft ergreifen. Daneben haben sich strukturell depressive Wirtschaftszweige herausgebildet. Bei der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nun zu zeigen, welche Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art diese Verwandlung des kapitalistischen Konjunkturzyklus hervorgebracht haben.

Nach sowjetischer Auffassung geht dem staatsmonopolistischen Kapitalismus der monopolistische Kapitalismus voraus. Die wichtigsten Züge dieses monopolistischen Kapitalismus aber werden in den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus übernommen, so daß eigentlich alle sowjetischen Untersuchungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Hinweisen auf die monopolistische Struktur der Wirtschaft beginnen. Da auch der monopolistische Kapitalismus wiederum in zwei Phasen aufgegliedert ist, ergeben sich 3 Ebenen der Argumentation:<sup>19)</sup>

1. Das industrielle Monopolkapital. Dies wächst hinüber in
2. das Finanzkapital. Dies ist gekennzeichnet durch eine enge Verbindung zwischen industriellem Kapital und den Banken. Aus dem Stadium des Finanzkapitals geht
3. der staatsmonopolistische Kapitalismus hervor, in dem sich Finanzkapital und staatliche Aktivität in der Wirtschaft unmittelbar verbinden.

Aber das Herüberwachsen des Finanzkapitals in den staatsmonopolistischen Kapitalismus spielt für die sowjetischen Autoren eine wichtigere Rolle. Es ist daher noch zu zeigen, wie man sich sowjetischerseits diese Entwicklung vorstellt.



Wir beziehen uns dabei auf einen Aufsatz von Chmel'nickaja.<sup>20)</sup> Danach entstand der staatsmonopolistische Kapitalismus als Folge der Notwendigkeiten des Krieges in den USA. Kriegsaufträge bekamen damals für die meisten Wirtschaftszweige beherrschende Wichtigkeit und ganze Produktionszweige, wie z.B. die Atomindustrie, wurden durch den Staat gegründet. Im Unterschied dazu sei der monopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik mit dem Ziel entstanden, die Stellung der Monopole wiederherzustellen, die Verluste im Osten wettzumachen und die Position auf dem Weltmarkt zurückzuerobern. Der Staat habe daher begonnen, sich durch Budgetmittel und auf dem Umweg über Kreditinstitute in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten. Dabei arbeite er eng mit dem Finanzkapital zusammen. Das Ziel dieser Politik sei, die Akkumulation möglichst hoch zu treiben.

Als besonders charakteristisches Beispiel für direkte Staatseingriffe wird auf das Investitionshilfegesetz verwiesen. Indirekte Förderungen der Kapitalbildung aber seien ebenso wichtig gewesen. Hier handele es sich in erster Linie um Senkung der Gewinnsteuern für den Teil der Gewinne, der reinvestiert wurde (Abschreibungsvergünstigungen). (Die Unternehmen zahlten daher möglichst niedrige Dividenden und benutzten die einbehaltenen Gewinne für Investitionen.) Diese Selbstfinanzierung sei ein charakteristisches Unterscheidungsmerkmal zur Vorkriegszeit, in der die Finanzierung von Investitionen gewöhnlich über den Kapitalmarkt vor sich gegangen sei. Die Basis für dies Gelingen der Selbstfinanzierung sei der Warenhunger in der Wiederherstellungsperiode 1949/50 gewesen, der von einem stürmischen Preisanstieg getragen war. Die Steuerreform 1952 machte die Möglichkeiten noch günstiger. Es wurde üblich, Anlagen mit jahrzehntelanger Lebensdauer in weniger als 3 Jahren abzuschreiben. Allerdings kamen in dieser Zeit die Preise unter Druck, so daß der Anteil der Selbstfinanzierung an den Investitionen sogar absank.

So hatten die Monopole die Möglichkeit, sich relativ gegenüber den anderen Teilen des Bürgertums zu verstärken. Als Vorbedingung für die notwendigen Preiserhöhungen habe man die Preisregulierungen aus der Kriegszeit abgeschafft. Dies war faktisch eine Unterstützung der Monopole, die jetzt die Möglichkeit erhielten, die Preise nach ihrem Belieben zu setzen.



Das Wort freie Marktwirtschaft hierfür sei Ideologie, in Wirklichkeit handele es sich um eine Stärkung der Monopole. Daß dies so ist, zeige auch, daß auf dem Sektor Kohle und Stahl die Preisregulierung beibehalten wurde. Gerade hier aber handele es sich um Preise, die relativ schneller als das durchschnittliche Preisniveau angestiegen seien. Beidemal, bei der Preisregulierung und bei der freien Preissetzung, stehe der Staat im Dienste der Monopole.<sup>21</sup>

Schon aus diesen Ausführungen läßt sich herauskristallisieren, was unter staatsmonopolistischen Maßnahmen verstanden ist. Es handelt sich immer um Maßnahmen, die die Stellung der Monopole verstärken. "Der Stärkere wird noch stärker". Die Argumentation soll zeigen, daß es hiergegen innerhalb des Kapitalismus keine Alternative gibt. Daher dient nach sowjetischer Auffassung einerseits die Freisetzung der Preise den Monopolen, andererseits aber auch die Preisregulierung. Es soll hier von vornherein nicht der Zweifel auftauchen können, ob etwa in Gestalt entweder der freien Konkurrenz oder der Preisregulierungen eine Mäßigung des Kapitalismus eintreten könne. Dieser Moment tritt ebenso wieder auf, wenn über das Staatseigentum in der Bundesrepublik gesprochen wird. Chmel'nickaja geht ausführlicher darauf ein. Während vor dem ersten Weltkrieg in der Hauptsache nur die Eisenbahnen im Staatsbesitz gewesen seien, kamen in den beiden Weltkriegen laufend neue Betriebe hinzu. 1958 seien 13 % allen Aktienkapitals und 12,8 % aller Beschäftigten in Industrie, Handel, Transportwesen und Kreditwesen beim Staat konzentriert gewesen.<sup>22)</sup> Aber dies zeige nur die enge Verbindung zwischen Staat und Monopolen an. Denn der Staat sei oft nur teilweise beteiligt. Aber selbst bei reinen Staatsbetrieben seien die Aufsichtsräte zum größten Teil durch Vertreter der Privatwirtschaft besetzt. Die Staatsbetriebe werden daher zur Unterstützung der Monopole benutzt, was mit Hilfe von Preis- und Tariffdifferenzierung weitgehend möglich sei. Zugleich gebe es eine Kampagne zur Privatisierung dieser Staatsbetriebe. Aber die Monopole haben nur soweit Interesse an einem Aufkauf, als solche Werke unmittelbar einen hohen Profit abwerfen, während die Arbeiterschaft generell gegen solche Privatisierungen eingestellt sei.



In jedem Fall werden also solche Varianten wie Preisregulierung oder freie Preisbildung, wie Privatwirtschaft oder Staatsbetriebe, lediglich als Variationen innerhalb einer Wirtschaftsstruktur aufgefaßt, die als Ganzes die Aufgabe hat, die Stellung der Monopole zu festigen und zu verstärken. Wo daher freie Preisbildung den Monopolen nützt, da wird freie Preisbildung durchgesetzt und wo ihnen Preisregulierungen nützen, dort gibt es regulierte Preise. Ganz ähnlich ist die Auffassung in bezug auf das Verhältnis von Privat- und Staatseigentum.

Aber dies ist nur die eine Seite der Vorstellung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Betrachtung von dieser Seite her soll ja nur zeigen, wem diese Maßnahmen nützen, zeigt aber nicht, wodurch diese Maßnahmen inhaltlich gekennzeichnet sind. Eine solche positive Kennzeichnung der staatsmonopolistischen Maßnahmen läßt sehr bald erkennen, daß hierunter im allgemeinen der Gesamtkomplex konjunkturpolitischer Maßnahmen im weitesten Sinne verstanden ist. Konjunktur- und Strukturpolitik sind die Inhalte, die von sowjetischen Autoren gemeint sind, wenn von staatsmonopolistischen Maßnahmen die Rede ist und staatsmonopolistischer Kapitalismus ist ein Kapitalismus, der Konjunkturpolitik betreibt. Daß dies das wesentliche Kennzeichen der Wirtschaften des Westens nach dem 2. Weltkrieg ist, wird kaum jemand abstreiten. Daß diese Maßnahmen tatsächlich den Erfolg gehabt haben, die Konjunkturentwicklung umzugestalten, wird auch von den sowjetischen Autoren gesagt. Daher ist letztlich die Besonderheit der sowjetischen Äußerungen über diese Entwicklung darin zu sehen, daß die sowjetischen Autoren jede Beziehung dieser Maßnahmen auf das Gesamtinteresse abstreiten und die Gesamtentwicklung einseitig auf die Bewahrung monopolistischer Interessen hin interpretieren.

Indem also die sowjetischen Autoren jede Beziehung der kapitalistischen Wirtschaftsformen auf ein Allgemeininteresse leugnen, besteht für sie die kapitalistische Wirtschaft aus einer Ansammlung von Widersprüchen. Die Frage, ob die Widersprüche nicht eher in der Theorie als in der Wirklichkeit liegen, stellt sich gar nicht. Wir können dies noch an zwei Gebieten zeigen, die Sondergebiete des sogenannten staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellen. Wir wählen dabei die Agrarsituation und den sogenannten Imperialismus aus. Beide werden von sowjetischen Autoren häufig zur Illustration benutzt.



Als erstes soll die Auffassung von der Agrarsituation dargestellt werden. Die grundsätzlichen Interpretationsschemata bleiben hier gleich. An die Stelle des Großkapitals tritt ~~hier~~ der Großgrundbesitz, an die Stelle der Werktätigen die kleinen Bauern. In der Landwirtschaft gibt es nach Chmel'nickaja schon seit langer Zeit einen Protektionismus, der die früheste Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt. Es entstehe dabei ein Kompromiß zwischen industriellem und agrarischem Bürgertum. Diese Situation war in Deutschland immer schon besonders ausgeprägt und führte zum sogenannten 'preußischen Weg', wobei der Junker von jeher große politische Macht hatte.<sup>23)</sup>

Dieser Protektionismus sei sehr bald über reine Zollpolitische Maßnahmen hinausgegangen. Vor allem nach dem Krieg wandte man zunehmend typisch staatsmonopolistische Maßnahmen an. Die offizielle Doktrin der sozialen Marktwirtschaft sei nie auf die Landwirtschaft ausgedehnt worden. Vielmehr herrsche für das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft das Paritätsprinzip.<sup>24)</sup>

In all diesen Darstellungen haben die staatsmonopolistischen Maßnahmen in der Landwirtschaft überhaupt keinen anderen Sinn als den, die Interessen der agrarischen Bourgeoisie zu vertreten. Zwei Aussagen zeigen die Einseitigkeit dieser Standpunkte besonders klar. Dies ist einmal die Behauptung, daß die richtige Maßnahme in bezug auf eine Agrarreform in einer völligen Verteilung des Bodens an kleine Einheiten bestünde. Skvorcov<sup>25)</sup>, der dies behauptet, weiß höchstwahrscheinlich ganz genau, daß solche Einheiten tatsächlich nicht lebensfähig sind. Aber dies bedeutet für ihn nichts, da solch eine Verteilung doch nur eine Stufe dieser Agrarreform sein könnte, auf die dann die Schaffung von Kolchosen folgen müßte, wenn überhaupt gesunde Betriebseinheiten gewährleistet werden sollten. Das Ziel jedoch, private Einheiten zu einer lebensfähigen Betriebsgröße zu verhelfen, ist sowjetischen Autoren vollkommen fremd und sie billigen ihm kein Recht zu, weil sie dem Kapitalismus überhaupt jedes Recht abstreiten.

In einer anderen Richtung kommen ähnliche Vorstellungen zum Ausdruck. Skvorcov führt die Abwanderung vom Lande in die Stadt als die Folge einer Vergrößerung der durchschnittlichen Betriebsgrößen



in der Landwirtschaft an.<sup>x</sup> Er sieht darin den Beweis für die Ausbeutung der Landbevölkerung, ohne im geringsten auf wirtschaftliche Grundlagen dieser Bewegung einzugehen. Es gehört schließlich zum Charakteristikum jeder Industrialisierung in allen Ländern der Welt, daß sie zu einem relativen Absinken der agrarischen Bevölkerung führt. Dieses Absinken ist gerade ein Zeichen der Entwicklung. Mit wachsender Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist es daher schlechthin notwendig, daß Arbeitskräfte abwandern. Dies ist ein objektiver Prozeß, den Skvorcov einfach vernachlässigt, wobei wiederum das Bild einer Verschwörung auftaucht, die gegen die allgemeinen Interessen verstößt.

Ein Sonderfall des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird unter der Bezeichnung Imperialismus dargestellt. Es handelt sich dabei um ein Gebiet, das in der sowjetischen Vorstellung besonders weitgehend durch Konflikte und Kämpfe bestimmt ist. Auf den Außenhandelsmärkten stehen sich danach die Monopole gegenüber, die um Marktanteile ringen und den Staat als wichtigstes Mittel der Auseinandersetzungen benutzen. Sachliche Begründungen für die Außenhandelsverhältnisse fehlen auch hier nicht völlig, aber sie treten in besonders großem Ausmaß zurück.

Die zugrundeliegenden staatsmonopolistischen Maßnahmen werden bei Chmel'nickaja<sup>26)</sup> zusammengefaßt. Zuerst habe ein Valuta-Monopol des Staates bestanden, das aber nach der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der Monopole allmählich abgeschafft worden sei. Man sei dann zu direkten und indirekten Unterstützungen des Außenhandels übergegangen. Die direkten Unterstützungen bestanden in der Gründung von Kreditanstalten und von besonderen Kreditversicherungen für Exporteure. Besonders erwähnt ist hier die "Hermes Kreditversicherungs AG", die für den Fall des Schuldnerbankrotts oder politischer Zahlungsunfähigkeit eintrete. Der Versicherer selbst brauche nur ein Risiko von 20-30 % zu tragen.

Als indirekte Maßnahmen gelten die Steuervergünstigungen. Diese seien bis 1954 besonders hoch gewesen. Danach wurden die Vergünstigungen als Folge eines Abkommens mit England über die Schaffung gleicher Starbedingungen im Außenhandel kleiner. Lediglich eine



Förderung auf dem Gebiet der Umsatzsteuer sei übriggeblieben. Als Ergebnis aller dieser Vergünstigungen stellt Chmel'nickaja fest, daß in der Regel die Exportpreise der westdeutschen Industrie niedriger seien als die Inlandpreise.

In den Einzeldarstellungen hierzu erscheinen die Außenhandelsverflechtungen der Bundesrepublik als imperialistischer Kampf um Marktmacht, der in Richtung auf die Entwicklungsländer den Charakter eines Neokolonialismus bekommt.<sup>27)</sup> Man behauptet, die Bundesrepublik versuche, sich in den ehemaligen Kolonien der übrigen europäischen Länder einzunisten. Allerdings wird im Zusammenhang damit meistens betont, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Entwicklungsländern bisher zumeist rein wirtschaftlichen Charakter gehabt hätten, während militärische und politische Ziele maskiert worden seien. Die Bundesrepublik mache sogar mit ihrem Antikolonialismus Propaganda. Aber all dies sei nur das Präludium für eine neokolonialistische Expansion.

##### 5. Das Verelendungsgesetz, der Lebensstandard und die soziale Lage.

Hatten wir ~~also~~ bisher die sowjetischen Meinungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt referiert und dabei gezeigt, daß die Sowjets staatsmonopolistische Maßnahmen als das Hauptcharakteristikum dieser Entwicklung bezeichnen, so soll jetzt gezeigt werden, daß sie in der steigenden Verelendung des Proletariats die negative Seite dieses Prozesses erblicken. Dem Komplex der staatsmonopolistischen Maßnahmen, die sich in einer Veränderung des Konjunkturzyklus niederschlagen, tritt damit die Verelendung als negative Seite des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegenüber. Beide Komplexe zusammen erst charakterisieren die heutige Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung.

Man kann dieses Verhältnis zur Verelendungsthese etwa kurz so beschreiben: Die Verelendung des Proletariats ist der Weg, auf dem die Wirksamkeit der staatsmonopolistischen Maßnahmen erst gesichert wird. Letztlich besteht danach eine Identität zwischen Verelendung des Proletariats und Kapitalismus, so daß im Verelendungsgesetz nur die eine Seite des Kapitalismus zum Ausdruck kommt.



Das Verelendungsgesetz zieht daher die Summe aller Nachteile des Kapitalismus. Es bekommt eine Breite, die in der Bezeichnung selbst nicht zum Ausdruck kommt. Verelendung ist daher auch kein rein wirtschaftliches Faktum.<sup>28)</sup> Arbeitslosigkeit, Fehlen der Sozialversicherung, schlechte Wohnverhältnisse, ungenügende medizinische Hilfe gehören natürlich nach sowjetischer Auffassung zum Phänomen der Verelendung. Aber ebenso sind Kriege, Militarisierung der Wirtschaft, selbst das Verbot der kommunistischen Partei Zeichen der kapitalistischen Ausbeutung des Proletariats.

Dieser umfassende Charakter der Verelendungsthese ist auch der Grund dafür, daß die Darstellungen der Massenpresse über wirtschaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik fast immer entweder von der Verelendung des Proletariats ausgehen und oder in sie hineinmünden. Da die Verelendung alle negativen Momente der kapitalistischen Gesellschaft zusammenfaßt, muß sie zum Mittelpunkt jeder Agitation werden. Dies ist auch die Ursache dafür, daß wir bisher nur wenige Hinweise auf die Argumentationen der Massenpresse gegeben haben. Erst innerhalb dieses letzten Kapitels werden wir versuchen, einen Eindruck von den hier angewendeten Methoden zu geben.

In der Fachpresse sind Aufsätze zum Wirken der Verelendung in den kapitalistischen Ländern relativ seltener anzutreffen als zu allen sonstigen Themen der wirtschaftlichen Entwicklung. Soweit man sie antrifft, sind ebenfalls die Ansätze zu einer Versachlichung der Diskussion selten, obwohl es solche Ansätze gibt.<sup>29)</sup> Welchen Charakter hingegen die meisten Darstellungen zur sozialen Lage der Arbeiter in kapitalistischen Ländern haben, kann an einem Aufsatz von Fisevskij<sup>30)</sup> über die Bundesrepublik gezeigt werden, der aus einem Gewimmel von Widersprüchen und undurchdachten Vorwürfen besteht. Dieser Aufsatz kann dann zur Darstellung der Wirtschaftsverhältnisse der Bundesrepublik in der Massenpresse überleiten.

Fisevskij weist auf eine dauernde Inflation hin, die besonders bei unentbehrlichen Konsumgütern vor sich gehe. Zwar sei der Verbrauch langlebiger Konsumgüter gestiegen. Aber Arbeiter können sie nur kaufen, wenn sie auf ausreichende Ernährung verzichten. Stattdessen gebe es eine demagogische Kampagne für die Erhöhung der



Arbeitsproduktivität. Diese Methode zur Auspressung von Mehrwert suche dem Arbeiter einzureden, daß eine hohe Arbeitsproduktivität nicht nur dem Unternehmer, sondern auch ihm selbst nütze. Aber dies hält Fisevskij für völlig falsch, denn in Wirklichkeit sei die Lohnhöhe von der Arbeitsproduktivität nicht abhängig.<sup>31)</sup> Sie sei Ergebnis eines Machtkampfes und der Gewinntrieb die eigentliche Ursache für Preiserhöhungen.

Fisevskij gerät dabei in Widersprüche. So sei der Arbeitslohn nicht annähernd mit der Arbeitsproduktivität mitgestiegen. Er sagt aber auf den ersten Seiten desselben Aufsatzes, daß der Nominallohn 1950-1957 etwa um 50-60 % gestiegen sei.<sup>32)</sup> Auf einer anderen Stelle behauptet er, die Lebenshaltungskosten hätten sich in diesem Zeitraum um etwa 15 % erhöht.<sup>33)</sup> Jeder Leser kann sich ausrechnen, daß nach diesen Ziffern der Reallohn genau so stark angestiegen sein muß wie die Arbeitsproduktivität insgesamt.

All diese Behauptungen sind für Fisevskij die Grundlage für die Ablehnung der Partnerschaftsthese. Diese sei apologetisch, die Zusammenarbeit für das 'allgemeine Wohl', die Verwandlung des Kapitalismus in 'heutige Industriegesellschaft', ebenfalls die Teilnahme der Gewerkschaften an der Industrieverwaltung eine reine Fiktion. Alle Losungen wie 'Eigentum für alle' oder 'Demokratisierung' des Kapitals hätten nur die Absicht, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu untergraben.

Aber eine dauernde Bewegung der Arbeiter gegen diese Propaganda wachse heran. Der Unwille gegen die Atombewaffnung wird ständig größer. Die DDR, die ein völlig friedliebender Staat sei, werde zu einem immer wichtigeren Vorbild. Dies finde seinen wesentlichen